

Vertreter der Beiräte

Frau Heike Thiel	Beirat für Menschen mit Behinderungen	bis 19:35 Uhr
Frau Birgit Böhme	Beirat für Menschen mit Behinderungen – Assistenz	bis 19:35 Uhr

Vertreter Fridays For Future

Frau Anna Ducksch	FFF
-------------------	-----

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Herr Uwe Adler	SPD	entschuldigt
Herr Sebastian Olbrich	AfD	entschuldigt

zusätzliches Mitglied

Herr Björn Teuteberg	Freie Demokratische Partei	entschuldigt
Frau Dr.med. Carmen Klockow	Bürgerbündnis	entschuldigt

sachkundige Einwohner

Herr Dr. Matthias Kretschmer	Freie Demokraten	entschuldigt
Herr Klaus Rietz	BürgerBündnis	entschuldigt

Vertreter der Beiräte

Herr Frank Spade	Seniorenbeirat	entschuldigt
Herr Viktor Kalitke	Migrantenbeirat	entschuldigt

Gäste

Frau Dana Fiebig	(Geschäftsbereich Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Umwelt) zu TOP 3.1
Frau Dr. Tina Denninger	(Beauftragte für Menschen mit Behinderung) Rederecht zu TOP 3.1
Herr Johannes Beutel	(bolt) Rederecht zu TOP 3.1
Herr Dustin Williams	(bolt) Rederecht zu TOP 3.1
Herr Martin Becker	(bolt) Rederecht zu TOP 3.1
Herr Lars Schmäh	(Fachbereich Klima, Umwelt und Grünflächen) zu TOP 3.2, 3.5, 3.6, 3.9, 3.10
Herr Winfried Sträter	(Ortsvorsteher Ortsbeirat Groß Glienicke) zu TOP 3.6
Herr Thomas Schenke	(Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur) zu TOP 3.7

Schriftführer/in:

Frau Franziska Anhoff GB Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft, Umwelt

Tagesordnung:**Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen Teils der Sitzung vom 25.03.2021 / Feststellung der öffentlichen
Tagesordnung
- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 3.1 E-Scooter
 - 3.1.1 Vorstellung Anbieter E-Scooter
 - 3.1.2 Ausbau der Gebiete für E-Roller
Vorlage: 20/SVV/1023
Fraktion SPD
(Wiedervorlage)
 - 3.1.3 E-Scooter in Potsdam - Regelung durch Mikromobilitätssatzung
Vorlage: 21/SVV/0211
Fraktion SPD, Fraktion B90/die Grünen
 - 3.2 Begrünung zwischen Lustgarten, Marstall und Landtag
 - 3.2.1 Berichterstattung zur Begrünung mit Straßen- und Stadtbäumen zwischen
Lustgarten, Marstall und Landtag
(gem. Drucksache 19/SVV/0747)
Fachbereich Klima, Umwelt und Grünflächen
 - 3.2.2 Ökologische Umgestaltung und Aufwertung des Randes des Neuen Lustgartens
und des Platzes vor dem Filmmuseum
Vorlage: 20/SVV/1139
Fraktion DIE LINKE
(Wiedervorlage)
 - 3.3 Berücksichtigung ökologischer Kriterien in der örtlichen Bauleitplanung
Vorlage: 20/SVV/1215
Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, SPD
(Wiedervorlage)
 - 3.4 Ladesäulen
Vorlage: 21/SVV/0048
Fraktion Bürgerbündnis
(Wiedervorlage)
 - 3.5 Förderung der Grundwasserneubildung
Vorlage: 21/SVV/0113
Fraktion CDU

- 3.6 Wassermanagement im Einzugsgebiet Groß Glienicke
Vorlage: 21/SVV/0126
Ortsbeirat Groß Glienicke
- 3.7 Sonnenschutz an ÖPNV-Wartehallen im Stadtgebiet
Vorlage: 21/SVV/0136
Fraktion DIE LINKE
- 3.8 Satzung über die Veränderungssperre im Bereich des Bebauungsplans Nr. 156
"Gewerbeflächen Friedrichspark", Teilbereiche I und II Friedrichspark der
Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 21/SVV/0169
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung
- 3.9 Erstellung eines Katasters für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen bei Eingriffen
in die städtische Natur
Vorlage: 21/SVV/0224
Fraktionen DIE LINKE, Bündnis90/Die Grünen
- 3.10 1.000 zusätzliche Bäume für Potsdam
Vorlage: 21/SVV/0232
Oberbürgermeister, Fachbereich Klima, Umwelt und Grünflächen
(Mitteilungsvorlage)
- 4 Mitteilungen der Verwaltung
- 4.1 Berichterstattung zu Baumaßnahmen im Hauptstraßennetz der
Landeshauptstadt Potsdam 202/2021
Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur
(Wiedervorlage)
- 4.2 Berichterstattung zur Verringerung des Ruhenden Verkehrs
(gem. Beschluss zur DS 20/SVV/0858)
- und
- Berichterstattung zur Steigerung der Nutzungsqualität im öffentlichen
Straßenraum
(gem. Beschluss zur DS 20/SVV/1009)
Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur
(Wiedervorlage)
- 4.3 Berichterstattung: Aktuelle Übersicht zum Umsetzungsstand des
Innenstadtverkehrskonzeptes
(gem. Beschluss zur DS 20/SVV/1008)
Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur
(Wiedervorlage)
- 4.4 Berichterstattung zum Bargeldlosen Bezahlen von Parktickets
(gem. Beschluss zur DS 20/SVV/1274)
Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur
(Wiedervorlage)
- 4.5 Berichterstattung zum Schutz des Fahrländer Sees
(gem. Beschluss zur DS 20/SVV/0828)
Fachbereich Klima, Umwelt und Grünflächen
- 4.6 Berichterstattung zur Aufenthaltsqualität in der Karl-Liebknecht-Straße
(Babelsberg) verbessern

- (gem. Beschluss zur DS 20/SVV/0832)
Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur
- 4.7 Berichterstattung zu Potsdamer Naturdenkmäler
(gem. Beschluss zur DS 20/SVV/0939)
Fachbereich Klima, Umwelt und Grünflächen
- 4.8 Berichterstattung zu Prioritäten Gehwegsanierung
(gem. Beschluss zur DS 20/SVV/0991)
Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur
- 4.9 Berichterstattung zum Winterdienst der Landeshauptstadt Potsdam (zur DS
21/SVV/0238)
Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur
- 5 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Walter, begrüßt die Mitglieder und eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 25.03.2021 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Der Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 7 von 8 stimmberechtigten Mitgliedern fest.

Aufgrund der anhaltenden Pandemielage wird vorgeschlagen, diese Sitzung auf zwei Stunden Sitzungszeit zu begrenzen. Die Sitzung endet demnach spätestens um 20 Uhr. Nicht behandelte Tagesordnungspunkte werden in die nächste Ausschusssitzung vertagt.

Gegen dieses Vorgehen gibt es keine Einwände.

Zur öffentlichen Niederschrift der Sitzung vom 25.3.2021 gibt es keine Hinweise. Sie wird mit 6:0:1 bestätigt.

Zur Tagesordnung ergehen folgende Hinweise:

- TOP 3.4 Ladesäulen (DS 21/SVV/0048) wird nochmals auf Bitte des Antragsstellers zurückgestellt
- TOP 3.5 Förderung der Grundwasserneubildung und TOP 3.6 Wassermanagement im Einzugsgebiet Groß Glienicke werden zurückgestellt und gesondert in einer Informationsveranstaltung zum

Thema Wasser behandelt – danach werden die Anträge erneut zur Abstimmung im hiesigen Ausschuss aufgerufen

- TOP 4 die Mitteilungen der Verwaltung: sie sind den Mitgliedern per Mail am 24.3.2021 schriftlich ausgereicht worden – die Berichterstattungen werden nicht in der Sitzung aufgerufen; Fragen können im Nachgang zur Sitzung direkt an den zuständigen Fachbereich gerichtet werden.

Die geänderte Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

Anträge auf Rederecht

zum TOP 3.1 E-Scooter

- Frau Dr. Denninger (Beauftragte für Menschen mit Behinderung)
- die Herren Johannes Beutel, Dustin Williams und Martin Becker (bolt)

Die Anträge auf Rederecht werden einstimmig angenommen.

zu 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 3.1 E-Scooter

zu 3.1.1 Vorstellung Anbieter E-Scooter

Frau Fiebig (Geschäftsbereich Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Umwelt) erinnert an die bereits in diesem Ausschuss vorgenommenen Berichterstattungen und Debatten zu diesem Thema. Damals wurde vereinbart, einen Anbieter in den Ausschuss zu laden, um sich vorzustellen, was heute erfolgt.

Herr Becker und Herr Beutel (bolt) und nehmen ihr Rederecht wahr. Herr Becker stellt das Unternehmen und die Ziele für die Landeshauptstadt Potsdam anhand einer Präsentation vor, die diesem Protokoll anhängt. Wobei Herr Becker künftig der zuständige Ansprechpartner für Potsdam ist.

Das Angebot soll zunächst mit der Innenstadt starten, ist aber im Verlauf auch auf weitere Gebiete sowie Außenbezirke erweiterbar.

Die Mitglieder interessieren sich vor allem für die Möglichkeiten des Parkens bzw. sicheren Abstellens der E-Scooter, sodass diese keine Gefahr für andere darstellen und für Befahrungsverbote von zu schützenden Gebieten.

Frau Dr. Denninger (Beauftragte für Menschen mit Behinderung) nimmt ihr Rederecht wahr. Sie weist noch einmal explizit auf die Gefahren für Menschen mit Behinderung hin, die durch falsch abgestellte Fahrzeuge entstehen können. Sie erkundigt sich nach Eingriffsmöglichkeiten des Anbieters, ein sicheres Abstellen zu gewährleisten.

Auch Frau Thiel macht diese Gefahr noch einmal deutlich, die nicht zu

unterschätzen ist und zu ernsthaften Verletzungen führen kann. Abgesehen davon, sind falsch abgestellte E-Scooter regelmäßig ein Hindernis für mobilitätseingeschränkte Menschen. Hier muss reagiert werden.

Herr Becker und Herr Beutel gehen auf die Anmerkungen und Fragen der Mitglieder ein.

Herr Raschke bittet die vom Anbieter geplanten Tarife der Präsentation beizufügen.

Frau Fiebig unterbreitet den Verfahrensvorschlag, die Anträge DS 20/SVV/1023 und 21/SVV/0211 zurückzustellen und im Rahmen eines Runden Tisches gesondert zu behandeln. Anschließend werden die Anträge erneut im Ausschuss aufgerufen und abschließend über sie abgestimmt. Ein Termin (für eine Videokonferenz) soll den Mitgliedern zeitnah zugehen.

Der Vorsitzende stellt den Verfahrensvorschlag von Frau Fiebig zur Abstimmung: er wird einstimmig **angenommen**.

zu 3.1.2 Ausbau der Gebiete für E-Roller

Vorlage: 20/SVV/1023

Fraktion SPD
(Wiedervorlage)

Debatte siehe TOP 3.1.1

Der Antrag wird zurückgestellt und in einer späteren, noch zu bestimmenden Sitzung erneut aufgerufen.

zu 3.1.3 E-Scooter in Potsdam - Regelung durch Mikromobilitätssatzung

Vorlage: 21/SVV/0211

Fraktion SPD, Fraktion B90/die Grünen

Debatte siehe TOP 3.1.1

Der Antrag wird zurückgestellt und in einer späteren, noch zu bestimmenden Sitzung erneut aufgerufen.

zu 3.2 Begrünung zwischen Lustgarten, Marstall und Landtag

zu 3.2.1 Berichterstattung zur Begrünung mit Straßen- und Stadtbäumen zwischen Lustgarten, Marstall und Landtag

(gem. Drucksache 19/SVV/0747)

Fachbereich Klima, Umwelt und Grünflächen

Die Berichterstattung erfolgte anhand der Ergebnisse der gemeinsamen Ortsbegehung vom 13.4.2021 (Grafik siehe Anlage).

zu 3.2.2 **Ökologische Umgestaltung und Aufwertung des Randes des Neuen Lustgartens und des Platzes vor dem Filmmuseum**

Vorlage: 20/SVV/1139

Fraktion DIE LINKE

(Wiedervorlage)

Herr Berlin bringt die neue Fassung vom 27.4.2021 ein:

„Der Oberbürgermeister wird beauftragt, folgende bei der gemeinsamen Ortsbesichtigung präzisierten Vorhaben für die Bepflanzung des Randbereiches des „Lustgartens“ und des Vorplatzes des Filmmuseums umzusetzen:

1. Die breite steinerne Einfassung der drei Rasenflächen vor dem Filmmuseum ist teilweise zurückzubauen. Dabei sind im Innern der Flächen parallel zur Breiten Straße je zwei Reihen Platten von ca. 1 m x 1m Größe zu entfernen und auf der Seite parallel zum Filmmuseum je eine Reihe Platten ca. 1 m x 1 m zu entfernen. Die vergrößerte freie Fläche ist mit Rasen und mit Blumenrabatten und ggf. kleinen Gehölzen anspruchsvoll und dauerhaft zu begrünen. Ergänzend sind vor dem Filmmuseum Bänke als Sitzgelegenheiten aufzustellen.
2. In der etwa dreieckigen versiegelten Fläche zwischen der Stadtwand des Mercure-Hotels, der Breiten Straße und der Behelfszufahrt zum Hotel quer zur Breiten Straße ist eine ausreichend große Fläche zu entsiegeln, für Baumpflanzung vorzubereiten und mit ein bis drei repräsentativen geeigneten Bäumen (z. B. Platane, Kastanie) zu bepflanzen.
3. Etwa in der Flucht der vorhandenen Blumenkübel parallel zur Breiten Straße am Rande des Lustgarten-Festplatzes ist die teilweise Entsiegelung und die Anlage von etwa drei Grünstreifen vorzubereiten. Die Grünstreifen mögen mit niedriger steinerner Einfassung vor Betreten geschützt werden. Diese sind geeignet zu bepflanzen. Zuvor ist in Abhängigkeit vom unterirdischen Bauraum die optimale Positionierung der Beete zu ermitteln und in Abstimmung mit dem Betreiber des Festplatzes und dem Schaustellerverband so zu optimieren, dass die Nutzbarkeit des Festplatzes im Wesentlichen gewahrt bleibt. Im Untergrund vorhandene Wasseranschlüsse sind dergestalt nutzbar zu machen, dass die Wässerung der Pflanzung im Sommer unkompliziert ermöglicht wird.
4. In der Schlossstrasse gegenüber der Spielbank ist der gegenüberliegende Gehweg mit der Pflanzung einiger geeigneter Bäume zu ergänzen.“

Frau Thiel bringt ihren Ergänzungsantrag ein:

„Es möge ergänzt werden:

Im Rahmen der Umgestaltung des Vorplatzes des Filmmuseums und des Lustgartens ist eine Verlegung eines jeweiligen Blindenleitsystems notwendig, um die Teilhabe behinderter Menschen in diesen Bereichen zu ermöglichen.“

Herr Schmäh (Fachbereich Klima, Umwelt und Grünflächen) geht auf die Ortsbegehung vom 13.4.2021 ein und erläutert die Ergebnisse anhand der beigefügten Grafik. Die Maßnahmen entsprechen im Wesentlichen den vor Ort angesprochenen Denkvarianten, sie müssten durch eine ordentliche Planung vorbereitet werden (externe Vergabe). Pflanzmaßnahmen auf den vorhandenen 3 Rasenfeldern können bei Personal- und Finanzkapazität umgesetzt werden. Die Maßnahmen sind im Haushalt nicht finanziell abgebildet und müssten daher unter

Finanzierungsvorbehalt gestellt werden.

Herr Troche erkundigt sich, ob bei der Umsetzung auch der angrenzende Fahrradweg visuell aufgewertet werden kann. Dieser ist kaum bzw. gar nicht als Fahrradweg zu erkennen.

Herr Rubelt macht noch einmal deutlich, dass der Finanzierungsvorbehalt gesetzt ist. Eine Sanierung in Teilen sei umsetzbar, aber eine Sanierung in Gänze ist hier nicht umsetzbar.

Herr Berlin fordert noch einmal ein nachhaltiges ökologisches Denken.

Herr Twerdy möchte den Satz zu den Gehölzen in Punkt eins gestrichen haben: „Die vergrößerte freie Fläche ist mit Rasen und mit Blumenrabatten und ggf. kleinen Gehölzen anspruchsvoll und dauerhaft zu begrünen.“ Dann könne dem Antrag zugestimmt werden.

Herr Berlin erklärt für den Antragsteller, den Antrag zurückstellen zu wollen, um ihn noch einmal innerhalb der Fraktion zu beraten.

Der Vorsitzende stellt die Zurückstellung des Antrags zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.

zu 3.3 **Berücksichtigung ökologischer Kriterien in der örtlichen Bauleitplanung**

Vorlage: 20/SVV/1215

Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, SPD
(Wiedervorlage)

Zur Debatte steht die neue Fassung vom 26.4.2021:

„Der Oberbürgermeister wird beauftragt, umfassende Maßnahmen und Regelungen zur Berücksichtigung ökologischer Belange und Nachhaltigkeitsaspekte in der örtlichen Bauleitplanung schrittweise zu erarbeiten.

Hierzu sollen Standards, insbesondere im Hinblick auf Energieeinsparung, Klimaschutz und die Klimafolgenanpassung entwickelt werden, die in Bauleitplänen und durch Regelungen in städtebaulichen Verträgen (incl. etwaigen Veräußerungsverträgen) **den bereits erforderlichen Abwägungen hinzugefügt werden** sollen. Als Orientierung soll künftig im Regelfall die als Anlage beigefügte Standard-Liste dienen.

Nach Abschluss von fünf städtebaulichen Verträgen zur Umsetzung von Bebauungsplänen mit vorgesehenem Mietwohnungsbau, in denen diese Standards umgesetzt werden, oder spätestens bis Ende 2022, wird ein Erfahrungsaustausch als Werkstatt durchgeführt. Dabei werden Mitglieder

des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes bzw. des Ausschusses für Klima, Mobilität und Umweltschutz, die beteiligten Investoren bzw. Wohnungsbauunternehmen und der Mieterbund einbezogen.

Zudem soll ergänzend eine „Potsdamer Checkliste für Bauwillige“ erarbeitet werden, in der alle Informationen für ökologisch sinnvolle Baumöglichkeiten und Bausanierungen, Hinweise auf die Baukultur sowie optimale Lebens- und Wohnbedingungen in Potsdam und finanzielle Fördermöglichkeiten dargestellt werden.

Dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes (SBWL) soll regelmäßig berichtet werden, beginnend **mit dem Erfahrungsaustausch, oder spätestens zu Ende 2022.**“

Herrn Finken fehlt der Blick auf die Kosten. Die Frage sei, wie sich die Umsetzung der Forderungen auf die zu entrichtenden Mieten auswirkt.

Herr Berlin erinnert an die soziale Frage, die hier auch gestellt werden muss.

Frau Dr. Haebel weist darauf hin, dass künftig auch von der Bundesebene aus entsprechende Vorgaben kommen werden, wenn diese den Klimaschutz ernst nehmen.

Der Vorsitzende stellt die neue Fassung (vom 26.04.2021) des Antrags zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die neue Fassung zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, umfassende Maßnahmen und Regelungen zur Berücksichtigung ökologischer Belange und Nachhaltigkeitsaspekte in der örtlichen Bauleitplanung schrittweise zu erarbeiten.

Hierzu sollen Standards, insbesondere im Hinblick auf Energieeinsparung, Klimaschutz und die Klimafolgenanpassung entwickelt werden, die in Bauleitplänen und durch Regelungen in städtebaulichen Verträgen (incl. etwaigen Veräußerungsverträgen) den bereits erforderlichen Abwägungen hinzugefügt werden sollen. Als Orientierung soll künftig im Regelfall die als Anlage beigefügte Standard-Liste dienen.

Nach Abschluss von fünf städtebaulichen Verträgen zur Umsetzung von Bebauungsplänen mit vorgesehenem Mietwohnungsbau, in denen diese Standards umgesetzt werden, oder spätestens bis Ende 2022, wird ein Erfahrungsaustausch als Werkstatt durchgeführt. Dabei werden Mitglieder des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes bzw. des Ausschusses für Klima, Mobilität und Umweltschutz, die beteiligten Investoren bzw. Wohnungsbauunternehmen

und der Mieterbund einbezogen.

Zudem soll ergänzend eine „Potsdamer Checkliste für Bauwillige“ erarbeitet werden, in der alle Informationen für ökologisch sinnvolle Baumöglichkeiten und Bausanierungen, Hinweise auf die Baukultur sowie optimale Lebens- und Wohnbedingungen in Potsdam und finanzielle Fördermöglichkeiten dargestellt werden.

Dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes (SBWL) soll regelmäßig berichtet werden, beginnend mit dem Erfahrungsaustausch, oder spätestens zu Ende 2022.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.

zu 3.4 Ladesäulen
Vorlage: 21/SVV/0048
Fraktion Bürgerbündnis
(Wiedervorlage)

Der Tagesordnungspunkt wird bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt (siehe Abstimmung zur Tagesordnung).

zu 3.5 Förderung der Grundwasserneubildung
Vorlage: 21/SVV/0113
Fraktion CDU

Herr Finken bringt den Antrag ein.

Der Antrag wird zurückgestellt und gesondert in einer Informationsveranstaltung zum Thema Wasser behandelt – danach wird die Drucksache erneut zur Abstimmung im hiesigen Ausschuss aufgerufen (siehe Abstimmung zur Tagesordnung).

zu 3.6 Wassermanagement im Einzugsgebiet Groß Glienicke
Vorlage: 21/SVV/0126
Ortsbeirat Groß Glienicke

Herr Sträter (Ortsvorsteher Groß Glienicke) bringt den Antrag ein.

Der Antrag wird zurückgestellt und gesondert in einer Informationsveranstaltung zum Thema Wasser behandelt – danach wird die Drucksache erneut zur Abstimmung im hiesigen Ausschuss aufgerufen (siehe Abstimmung zur Tagesordnung).

zu 3.7 Sonnenschutz an ÖPNV-Wartehallen im Stadtgebiet
Vorlage: 21/SVV/0136
Fraktion DIE LINKE

Frau Lange bringt den Antrag ein.

Herr Schenke (Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur) teilt mit, dass für die Umsetzung der Forderung des Antrags derzeit keine Kapazitäten zur Verfügung stehen und er deshalb nicht umsetzbar ist. Er schlägt daher vor, stattdessen Potentialstandorte für Bauman- und –nachpflanzungen zu prüfen.

Frau Lange erkundigt sich, ob die geforderte Prüfung doch vorgenommen werden kann, wenn der Zeithorizont erweitert wird.

Herr Rubelt bekräftigt die Aussage von Herrn Schenke. Aktuell stehen keine Kapazitäten für eine solche Prüfung zur Verfügung. Deswegen der von der Verwaltung unterbreitete Kompromissvorschlag.

Herr Raschke bittet in die Überlegungen zum Sonnenschutz auch pflanzliche Begrünung aufzunehmen.

Der Vorsitzende stellt den Antrag zur Abstimmung.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, bei welchen der Potsdamer Straßenbahnwartehallen und welchen der 236 Buswartehallen kein geeigneter Sonnenschutz vorhanden ist.

Für die Wartehallen ohne ausreichenden Sonnenschutz sind die die Möglichkeiten einer (Teil-) Beschattung, unter anderem die Teil-Beklebung mit Sonnenschutzfolie (mindestens auf dem Dach), zu prüfen. Eine Vorzugsvariante unter Angabe der Vor- und Nachteile sowie der Kosten ist darzustellen.

Dem Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität ist bis Dezember 2021 über das Ergebnis zu berichten.

Darüber hinaus wird der Oberbürgermeister beauftragt bei sämtlichen künftig zu errichtenden Wartehallen für ausreichend Sonnenschutz bei gleichzeitig größtmöglicher Sichtbarkeit Sorge zu tragen, unabhängig davon, ob die Wartehalle von einem Eigenbetrieb betrieben oder ausgeschrieben werden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	3
Ablehnung:	3
Stimmenthaltung:	2

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, den Antrag abzulehnen.

zu 3.8 **Satzung über die Veränderungssperre im Bereich des Bebauungsplans Nr. 156 "Gewerbeflächen Friedrichspark", Teilbereiche I und II Friedrichspark der Landeshauptstadt Potsdam**
Vorlage: 21/SVV/0169

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung

Herr Rubelt bringt die Vorlage ein.

Frau Dr. Haebel erkundigt sich bezüglich der Installierung von Photovoltaikanlagen (PV-Anlage) auf Dächern, ob Gebäude verpflichtend so gebaut werden können, dass PV-Anlagen jeder Zeit nachgerüstet werden können.

Herr Troche bezieht sich ebenfalls auf PV-Anlagen – er möchte wissen, ob Bestandsgebäude auf dem Areal gegebenenfalls nachgerüstet werden können.

Herr Rubelt nimmt die Fragen zur Thematik PV-Anlagen mit, um sie in den weiteren Planungen mitzudiskutieren. Im Rahmen der Erarbeitung des Planes könne er dann darüber berichten. Dass eine Nachrüstung hier möglich ist, bezweifelt er allerdings.

Der Vorsitzende stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Die Satzung über die Veränderungssperre im Bereich des Bebauungsplans Nr. 156 „Gewerbeflächen Friedrichspark“, Teilbereiche I und II Friedrichspark wird gemäß § 14 BauGB beschlossen (gemäß Anlagen 1 und 2).

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	7
Ablehnung:	0
Stimmhaltung:	1

zu 3.9 **Erstellung eines Katasters für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen bei Eingriffen in die städtische Natur**

Vorlage: 21/SVV/0224

Fraktionen DIE LINKE, Bündnis90/Die Grünen

Frau Lange bringt den Antrag ein.

Herr Schmäh (Fachbereich Klima, Umwelt und Grünflächen) hält den Antrag für sinnvoll. Der Forderung würde er gerne nachkommen. Dafür seien durch die Politik jedoch die finanziellen Mittel zu sichern. Konkret sind das Kosten für die Erarbeitung, die Fortschreibung bzw. Pflege sowie eine halbe Personalstelle.

Herr Rubelt macht noch einmal deutlich, dass die Forderung mit dem kommenden Haushalt nicht leistbar ist. Darum bittet er, ein anderes Zeitmaß zu setzen.

Nach weiteren Rückfragen, auf die Herr Schmäh eingeht, einigen sich die Mitglieder das Zeitmaß des Antrags auf das 3. Quartal 2022 anzupassen und den Antrag unter Haushaltsvorbehalt stehend abzustimmen.

Der Vorsitzende stellt den geänderten Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, **unter Haushaltsvorbehalt** bis zum 43. Quartal 2022 ein stadtweites Kataster für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen bei Eingriffen in die städtische Natur zu erstellen.

Dem Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität ist im September 2021 über das Zwischenergebnis zu berichten.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig **angenommen**.

zu 3.10 1.000 zusätzliche Bäume für Potsdam

Vorlage: 21/SVV/0232

Oberbürgermeister, Fachbereich Klima, Umwelt und Grünflächen
(Mitteilungsvorlage)

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität nimmt die Mitteilungsvorlage DS 21/SVV/0232 zur Kenntnis.

zu 4 Mitteilungen der Verwaltung

zu 4.1 Berichterstattung zu Baumaßnahmen im Hauptstraßennetz der Landeshauptstadt Potsdam 202/2021

Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur
(Wiedervorlage)

(Siehe Anlage)

**zu 4.2 Berichterstattung zur Verringerung des Ruhenden Verkehrs
(gem. Beschluss zur DS 20/SVV/0858)**

und

**Berichterstattung zur Steigerung der Nutzungsqualität im öffentlichen
Straßenraum**

(gem. Beschluss zur DS 20/SVV/1009)

Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur
(Wiedervorlage)

(Siehe Anlage)

**zu 4.3 Berichterstattung: Aktuelle Übersicht zum Umsetzungsstand des
Innenstadtverkehrskonzeptes
(gem. Beschluss zur DS 20/SVV/1008)**

Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur
(Wiedervorlage)

(Siehe Anlage)

**zu 4.4 Berichterstattung zum Bargeldlosen Bezahlen von Parktickets
(gem. Beschluss zur DS 20/SVV/1274)**

Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur
(Wiedervorlage)

(Siehe Anlage)

**zu 4.5 Berichterstattung zum Schutz des Fahrländer Sees
(gem. Beschluss zur DS 20/SVV/0828)**

Fachbereich Klima, Umwelt und Grünflächen

(Die Berichterstattung wurde den Mitgliedern schriftlich per Mail am 28.4.2021
ausgereicht – siehe Anlage zur Niederschrift.)

**zu 4.6 Berichterstattung zur Aufenthaltsqualität in der Karl-Liebknecht-Straße
(Babelsberg) verbessern
(gem. Beschluss zur DS 20/SVV/0832)**

Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur

(Die Berichterstattung wurde den Mitgliedern schriftlich per Mail am 28.4.2021
ausgereicht – siehe Anlage zur Niederschrift.)

**zu 4.7 Berichterstattung zu Potsdamer Naturdenkmäler
(gem. Beschluss zur DS 20/SVV/0939)**

Fachbereich Klima, Umwelt und Grünflächen

(Die Berichterstattung wurde den Mitgliedern schriftlich per Mail am 28.4.2021
ausgereicht – siehe Anlage zur Niederschrift.)

**zu 4.8 Berichterstattung zu Prioritäten Gehwegsanierung
(gem. Beschluss zur DS 20/SVV/0991)**

Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur

(Die Berichterstattung wurde den Mitgliedern schriftlich per Mail am 28.4.2021 ausgereicht – siehe Anlage zur Niederschrift.)

**zu 4.9 Berichterstattung zum Winterdienst der Landeshauptstadt Potsdam (zur DS
21/SVV/0238)**

Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur

(Die Berichterstattung wurde den Mitgliedern schriftlich per Mail am 28.4.2021 ausgereicht – siehe Anlage zur Niederschrift.)

zu 5 Sonstiges

Keine Anmerkungen.

Andreas Walter
Ausschussvorsitzender

Franziska Anhoff
Niederschrift